Politische Entwicklungen in Sri Lanka

Oskar Flück

In der Zeitspanne vom 20. April bis 19. Juli 2001 erlebte Sri Lanka politisch besonders turbulente Zeiten. Der relativen Zurückhaltung der LTTE, insbesondere deren Verzicht auf Bombenanschläge im Süden und Großoffensiven in den Bürgerkriegsgebieten, stehen mündliche Friedensbeteuerungen und dem widersprechende militärische Taten der Regierung von Chandrika Kumaratunge entgegen. Auch nimmt das Volumen der Warenlieferungen nach Wanni nicht zu, wie die entsprechenden Zahlen der Armee beweisen. Die Gesamtzahl der nach Wanni fahrenden Lastwagen übertrifft nie die Zahl von 69. Das alles hat außenpolitische Folgen. Die USA und Indien kritisierten anfangs Juli Luftschläge der srilankischen Luftwaffe gegen die Guerilla und ermahnten die Regierung von Sri Lanka eindringlich, den Verhandlungsweg zu beschreiten. Nach der am 5. Juli ausgesprochenen zweimonatigen Suspendierung des Parlamentes hat die srilankische Präsidentin weiteren Kredit verloren. Dies wirkt sich insbesondere auf Investoren aus, für die der Standort Sri Lanka noch unattraktiver geworden ist. Nicht nur von der Opposition, auch in vielen Kommentaren ausländischer Medien wird das demokratisch zweifelhafte Verhalten der Präsidentin als Manöver empfunden, um den Sturz ihrer Regierung zu vermeiden. Das eingereichte Mißtrauensvotum der Opposition vereinigte 115 Stimmen im 225-köpfigen Parlament auf sich. Dem Mißtrauensantrag vorangegangen waren Ausschreitungen sinhalesischer Extremisten gegen muslimische Läden, die von der Polizei offensichtlich geduldet wurden, und bald darauf folgend der Auszug der muslimischen Partei (SLMC) aus der Regierungskoalition. Damit verlor die PA von Chandrika ihre parlamentarische Mehrheit. Zur Zeit ist die Lage in Sri Lanka sehr labil und weitere Ausschreitungen oder gar bürgerkriegsähnliche Zustände sind auch im Süden nicht mehr auszuschließen. Demonstrationen der Opposition werden von Sicherheitskräften mit Gewalt bekämpft. Daß die LTTE diese Situation zu einem überraschenden Großangriff ausnützen könnte, ist nicht auszuschließen.

Politische Chronologie

23. April: Die LTTE läßt in einer offiziellen Stellungnahme verlautbaren, daß ab dem 24. April die von ihr ausgerufene Waffenruhe nicht mehr verlängert werde.

Aufgrund der andauernden Angriffe aus der Luft, zu Land und zu See seitens der Armee könne sie ihre Defensivstrategie nicht mehr aufrecht erhalten. Die Option von Gegenoffensiven müsse möglich sein. Der Feind würde sonst die einseitig ausgerufene Waffenruhe zu seinem Vorteil ausnutzen. Sie prangert auch an, daß tamilische Schulen keine Computer erhalten würden. In ersten Reaktionen wird von einem schweren Rückschlag für den Friedensprozeß gesprochen (www.bbc.com).

24. April: Nach <u>www.lankapage.com</u> gab es im Jahr 2000 5.412 Suizide. Absage eines Besuchs des norwegischen Vermittlers Solheim in Sri Lanka.

26. April: Nach der regierungsnahen Webseite www.reality.com ist die LTTE in den Ländern USA, Kanada, Großbritannien, Indien, Malaysia, Singapur und Kambodscha verboten.

29. April: The Hindu berichtet, daß die Regierung von Sri Lanka nach ihrer gescheiterten Offensive der LTTE politische Gespräche anbietet. Sie lehnt aber weiterhin einen Waffenstillstand und die Aufhebung des LTTE-Verbotes ab.

30. April: Laut BBC meint Erik Solheim, daß der Friedensprozeß nicht tot sei. Die Nachrichtenagentur Reuters meldet, daß Solheim für neue Gespräche in Sri Lanka angekommen sei.

3. Mai: Ausschreitungen eines sinhalesischen Mobs gegen Muslime in Mawanella, 40 Kilometer westlich von Kandy und 80 Kilometer nordöstlich von Colombo. zwei Muslime tot sowie 20 verletzt. zwei Moscheen, 60 Häuser und zwei Tankstellen von Muslimen zerstört, einige sinhalesische Läden beschädigt. Zuvor Demonstrationen von Muslimen gegen Dominanzversuche der Sinhalesen. Generalstreik. In diesem Geschehen liegen die Wurzeln der aktuellen Regierungskrise.

4. Mai: Sri Lanka interveniert in Malaysia wegen einer Konferenz zum Bürgerkrieg.

Am selben Tag Unruhen durch empörte Muslime in Colombo und dem Kotahena Distrikt. Laut der tamilischen Webseite www.tamilnet.com greifen wütende Muslime in Colombo (Maradana, Panchikawatta, Maaligawatte, Hulftsdorp) sinhalesische Läden und die Polizei mit Steinen an. Eine Ausgangssperre wird verhängt. Auslöser der Unruhen in Mawanella war laut Reuters ein Streit um Zigarettenpreise in einem muslimischen Laden, in dessen Folge sinhalesische Kunden den Ladenbesitzer schlugen.

Laut Agentur *rediff* kündigt Sri Lanka eine **Waffenruhe für** die Zeit vom 6. - 11. Mai an.

5. Mai: Die Unruhen durch empörte Muslims breiten sich aus, betroffen sind die Distrikte Ampara und Kegalle. In Colombo beruhigt sich die Lage.

Der US-Außenminister Powell betont - laut *The Hindu* - daß keine militärische Lösung des Konfliktes auf Sri Lanka möglich ist. Er unterstützt ausdrücklich die Bemühungen Norwegens.

6. Mai: Nach regierungsnahen Webseiten ist von der Regierung ein inoffizieller Waffenstillstand beschlossen worden

und innerhalb von zwei Wochen sind Friedensgespräche möglich. Am selben Tag berichtet www.is.lk/times von einem Treffen der kanadischen Botschafterin mit Tamilenführern, um die norwegische Friedensinitiative zu beleben. Der srilankische Außenminister Kadirgamar betont, daß die USA nie die Schaffung eines separaten Staates auf Sri Lanka unterstützen würden. Die www.slarmy.org berichtet von muslimischen Jugendlichen in Muttur (Trincomalee), welche zwölf sinhalesische Läden in Brand setzten. Auch in Eravur (Batticaloa) Proteste.

7. Mai: Generalstreik in Batticaloa in Gedenken an ein Armeemassaker vom Mai 2000. Die Armee hatte sich später mit Hinweis auf betrunkene Offiziere entschuldigt. Die Muslime drohen, die Regierungskoalition von Sri Lanka zu verlassen, fordern Entschädigungen für Ladenbesitzer und Untersuchungskommissionen. Sie werden von der oppositionellen UNP unterstützt.

Norwegen und Indien kritisieren die Armeeoffensive im Norden, während Sri Lanka und Kroatien ein Anti-Terror-Abkommen unterzeichnen.

8. Mai: Nach indischen Quellen (www.indiaexpress.com) könnten am 15. Mai Friedensgespräche beginnen. Am gleichen Tag protestiert die tamilische Lehrervereinigung, daß mehr Alkohol als Schulbücher nach Jaffna komme und eine Strategie zur Zerstörung der Gesellschaft verfolgt werde.

9. Mai: Regierung verspricht Wiederaufbau von zwei zerstörten Moscheen und einer Buddha-Statue in Mawanella.

10. Mai: Solheim bestätigt im srilankischen Radio den Gesprächstermin vom 15. Mai. Am selben Tag dementiert die LTTE einen solchen Termin. Der *Sri Lanka Muslim Congress* (SLMC) fordert die Ersetzung der Polizei in Mawanella. Nach Reuters demonstrieren in Colombo 150 sinhalesische Extremisten, angeführt von buddhistischen Mönchen und werden im muslimischen Quartier Maradana von der Polizei festgehal-

ten. Unruhen und Tränengaseinsätze.

11. Mai: Verwirrung um Friedensgespräche, als neuer Termin wird in verschiedenen Medien ein Treffen am 19. Mai zwischen LTTE-Sprecher Anton Balasingham und Erik Solheim genannt. Norwegens Vorschläge werden von beiden Seiten als konstruktiv bezeichnet.

12. Mai: Sinhalesischer Mob tötet in Malwatte (Negombo) einen 76-jährigen katholischen Priester mit Stöcken.

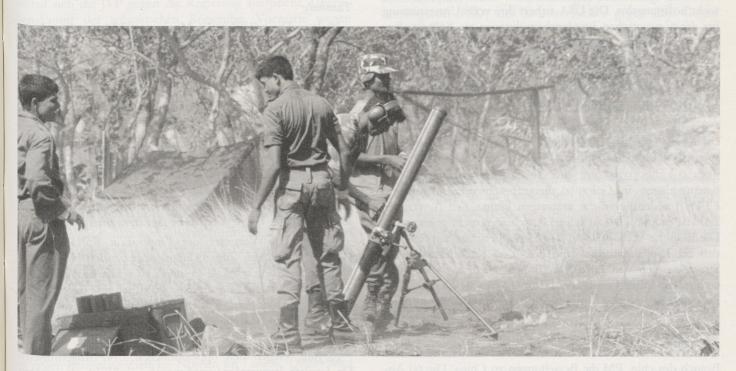
14. Mai: Srilankischen Medien nehmen mit Genugtuung den Ausgang der Regionalwahlen im indischen Tamil Nadu zur Kenntnis. Die LTTE-freundlichen PMK und DMK erleiden eine schwere Wahlniederlage.

15. Mai: Die Webseite www.tamilnet.com meldet ein beabsichtigtes Treffen von Erik Solheim mit dem politischen Führer der LTTE Thamilchelvam in Wanni, für den 16.-17. Mai. Am selben Tag soll auf den Konvoi von Thamilchelvam ein Landminenanschlag verübt worden sein, bei dem ein Begleitfahrzeug getroffen wurde. Dies wird später von anderen Nachrichtenagenturen bestätigt.

16. Mai: Auf regierungsnahen Webseiten wird berichtet, daß srilankische Wirtschaftskreise wegen des Investitionsklima eine politische Lösung des Bürgerkrieges wünschen. Ferner verspricht der IWF einen 500 Millionen US Dollar Kredit für Sri Lanka. Die Präsidentin bietet der SLMC einen muslimischen Distrikt Kalmunai an, außerdem sichert die Regierung 150 Millionen Rupien Entschädigungen für die Schäden der antimuslimischen Unruhen an. Trotzdem werden aus der Region Batticaloa nach der Ermordung zweier Muslime Unruhen gemeldet. Die SLMC fordert einen Einbezug in die Friedensgespräche mit Solheim.

17. Mai: Die BBC berichtet, daß Solheim für ein Treffen mit einer tamilischen Delegation mit dem Helikopter nach Wanni geflogen sei.

Mit dem Besuch des indischen Hochkommissars bei 39 in-



Anhaltende Kämpfe (Foto: Walter Keller)

haftierten Fischern in Jaffna macht Indien Druck auf Sri Lanka, das sagt, die Verhaftungen seien Routine gewesen, da die Fischer in srilankischen Territorialgewässern aufgebracht worden wären. Am 28. Mai sagen srilankische Quellen, daß die indische Marine über die Verhaftungen informiert worden und damit einverstanden sei, ja - sie habe selber die Festnahmen verlangt. Am 3. Juni verlangt die TULF die Freilassung der inhaftierten Fischer.

Beginn eines zweitägigen Besuches des chinesischen Premierministers Zhu in Sri Lanka. Er sichert weitere intensive wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu. Chandrika K. spricht von Friedenshoffnungen.

18. Mai: Eine LTTE-Verlautbarung dämpft die Friedenhoffnungen. Es wird eine Aufhebung des Verbotes der LTTE verlangt. Dieses und das Wirtschaftsembargo gegen Wanni seien die Haupthürden für Friedensgespräche, an denen die LTTE nicht als kriminelle Organisation teilnehmen wolle

19. Mai: Solheim verlässt nach abschließenden Gesprächen mit der Regierung Sri Lanka. Nach den erneuten Forderungen der LTTE Zurückhaltung seitens der Regierung - in den folgenden Tagen und Wochen widersprüchliche Meldungen über eine mögliche befristete Aufhebung des LTTE-Verbotes. Das Kabinett ist gespalten, tamilische Politiker (TULF) und Organisationen bauen zusätzlichen Druck auf. Eine Mehrheit im Kabinett betrachtet aber die Forderungen der LTTE als inakzeptabel (Sitzung vom 9. Juni). Die LTTE ihrerseits sieht sich als einzige legitime Vertretung des tamilischen Volkes und ruft ausländische Regierungen auf, Einfluß auf die srilankische Regierung zu nehmen. Sollte die Regierung nicht entgegenkommen, seien die Friedensgespräche gefährdet.

23. Mai: Erik Solheim bezeichnet bei einem Treffen in den USA mit Südasienexperten vom Pentagon und dem Nationalen Sicherheitsrat die Situation als extrem schwierig, aber nicht hoffnungslos. Die USA sichert ihre volle Unterstützung für die norwegischen Friedensbemühungen zu. Solheim fordert die USA auf, Druck auf Sri Lanka auszuüben, damit eine friedliche Lösung erreicht werden kann. Er dankt Indien für seine Mithilfe und Informationen und sieht bei einer Friedenslösung einen wirtschaftlichen Aufschwung in Sri Lanka voraus. (Quelle: www.timesofindia.com)

27. Mai: Sinhalesische Nationalisten gegen Friedensgespräche - einzig ein siegreiches Ende des Krieges sei der richtige Weg der Konfliktlösung. Auf der regierungsnahen Webseite www.colombopage.com wird die Gefahr von neuen Bombenanschlägen in Colombo heraufbeschworen, damit die LTTE Friedensgespräche erzwingen könne. Seit November 2000 ist es im Süden zu keinen Anschlägen mehr gekommen. Die indische Webseite von The Hindu berichtet am 28. Mai, daß Sri Lanka die Rückgabe der Insel Kachchativu (Palk Street westlich von Jaffna) an Indien ablehne, da sie 1974 rechtmäßig unter Indira Gandhi übergeben worden sei. Die Provinzregierung von Tamil Nadu beharrt auf deren Rückgabe.

28. Mai: Die Entführung und Mißhandlung einer Gruppe von 15 chinesischen Bauarbeitern belastet nur kurz nach dem Besuch des chin. PM die Beziehungen zu China. Die 60 Angreifer in Wattala ließen am 27. Mai die Geiseln nach einer

Stunde wieder frei, neun chinesische Arbeiter wurden verletzt.

7. Juni: Indien und Sri Lanka treffen eine Übereinkunft betreffend der indischen Fischer in Sri Lankas Hoheitsgewässern. Laut Reuters vom 11. Juni treten indische Fischer in Gefangenenlager von Jaffna in den Hungerstreik. Insgesamt wären damit über 50 Fischer dort festgehalten. Auch nach der angeblichen Übereinkunft werden von der srilankischen Marine hunderte von indischen Fischerbooten in den ertragsreichen Fischgründen nördlich von Talaimannar in srilankischen Hoheitsgewässern gesichtet. Am 19. Juni werden wieder zwei indische Fischerboote mit acht Fischern aufgebracht, gesichtet wurden 400 Boote.

Der norwegische Außenminister Jagland trifft in Sri Lanka ein und drängt auf eine Aufhebung des LTTE-Verbotes. In der Folge entbrennt ein Streit um den Vermittler Solheim, der seitens sinhalesischer Nationalisten unter Beschuß kommt (Verbrennen von Portraits, Rufmordkampagne). Solheim soll entmachtet oder gar abgesetzt werden, da zu LTTE-freundlich und als Vertreter der norwegischen Opposition zu wenig gewichtig, sagen gemäßigte Nationalisten. Die LTTE protestiert weil sie nicht konsultiert worden ist und weil sie Solheim vertraut. Norwegen würde mit einer Absetzung Solheims seine Neutralität brechen. Sie wird dabei auch von muslimischen Abgeordneten unterstützt. Der Friedensprozeß ist bis auf weiteres blockiert. Erst am 6. Juli meldet die AP, daß Solheim als zentraler Vermittler im Team bleibt, für das nun R. Johansen vom norwegischen Außenministerium die Verantwortung trägt.

8. Juni: Die *Union of Christian Churches* protestiert gegen Benzinkontingentierungen in der Region Vavuniya. Monatlich bekommt ein Motorrad 15 Liter, ein Auto 50 Liter, ein Van 100 Liter und ein Lastwagen 200 Liter Treibstoff - Wasserpumpen von Bauern maximal drei Liter. Vor allem Geschäftsleute ärgern sich über diese Einschränkungen (Quelle *Tamilnet*).

10. Juni: Die srilankische Marine erwirbt von Israel vier Shaldag FAC Kanonenboote, im Rahmen der Operation "Varuna Kirana" gegen den Schmuggel der LTTE an der Nordostküste Sri Lankas. Die Gesamtstärke der srilankischen Marine wird mit 35 Schiffen angegeben, vor allem bestehend aus Dvora-Kanonenbooten (Quelle: *The Hindu*).

11. Juni: Bischof Joseph von Mannar, fordert die Regierung zur Öffnung der Kriegszonen für Journalisten und die Aufhebung der Zensur auf. In London forderten die Bischöfe von Mannar und Ratnapura am 9. Juni eine Aufhebung des LTTE-Verbotes und Friedensgespräche. Dies führt in Sri Lanka zu heftigen Reaktionen, und die Bischofskonferenz distanziert sich in Folge von den beiden Bischöfen.

14. Juni: Ein Vertreter der Opposition (UNP) fordert Großbritannien auf, Entwicklungsgelder für den Norden vor Mißbräuchen durch lokale Politiker zu schützen. Am selben Tag tauchen erste Agenturmeldungen über eine bevorstehende Eröffnung der israelischen Botschaft auf. Diese werden später bestätigt, was unter den Muslimen eine tiefgreifende Verstimmung auslöst.

15. Juni: Gegen den oppositionellen UNP-Abgeordneten Dr. Jayalath Jayawardena wird wegen angeblichen Kontakten zur LTTE eine Mißtrauensmotion eingereicht. Er bezeichnet

dies als Rufmordkampagne.

18. Juni: Gegen die Ernennung vom ehemaligen Armeegeneral Perera zum Hochkommissar in Australien, und die australische Unbedenklichkeitserklärung heftige Proteste der Tamilen. Sie werden von amnesty international unterstützt. Am 28. Juni will nach tamilischen Quellen ein Vertreter der Human Right Commission (HCR) Augenzeugenberichte publizieren, die Folterungen, illegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen von Gefangenen in einem illegalen Armeelager unter der Führung von Janaka Perera in Wehera, Kerunegala, 1988-1992, dokumentieren.

19. Juni: Laut Angaben der LTTE hat diese seit 1983 17.211 Angehörige, darunter 217 sogenannte *Black Tiger* (Suizidkämpfer), verloren.

Am gleichen Tag forderte der srilankische Premierminister Ranil Wickramasinghe Bonusgelder für große Familien, damit Klerus und Armee genug Freiwillige haben (Quelle: AFP).

20. Juni: Regierungskrise in Sri Lanka, SLMC verläßt die Regierungskoalition. Der Bischof von Jaffna, Thomas Savundarayagan betont, daß 95 Prozent der srilankischen Bevölkerung glauben, daß es keine militärische Lösung für den ethnischen Konflikt gibt. Drei TULF-Parlamentarier und der Bürgermeister von Jaffna treffen den Britischen Hochkommissar und beschuldigen die Regierung, nicht zu versuchen eine friedliche Lösung zu finden. Aufgrund der kriegerischen Entwicklung sei das Vertrauen in die Regierung verloren.

21. Juni: Der Mißtrauensantrag der Opposition wird auch von den tamilischen Parteien TULF, TELO und ACTC (neun Sitze) unterstützt. Die Opposition hat bereits 97 Unterschriften für ihren Mißtrauensantrag, weitere werden erwartet - die absolute Parlamentsmehrheit liegt bei 113 Stimmen. Die tamilische EPDP unterstützt die Regierung weiter, so daß PA und EPDP auf 109 Stimmen kommen. In der Folge setzt ein heftiges Ringen um schwankende Parlamentarier ein, zumal sich die JVP gegen die Regierung ausspricht. Überlebenskampf der srilankischen Regierung. Vorwürfe wegen Stimmenkäufe - eine Parlamentsstimme zu 40 Millionen Rupien (Colombopage, 27. Juni)

23. Juni: Vorübergehende Schließung des Checkpoints Piramanalakam.

28. Juni: Der Mißtrauensantrag der Opposition soll vom 16.-18. Juli im Parlament behandelt werden. Die Nervosität in Sri Lanka nimmt zu, vor allem nachdem bekannt wird, daß mehrere Parlamentarier der regierenden PA übergelaufen sind. Am 29. Juni bestätigt ein Minister die Möglichkeit dreier Überläufer. Die Opposition sagt, daß sie nun die parlamentarische Mehrheit habe. Am 30. Juni kommt es zu ersten Demonstrationen, bei denen der Rücktritt der Regierung verlangt wird. Spekulationen, daß die am 5. Juli auslaufenden Emergency Regulations - ein gegen die LTTE gerichtetes Nottecht - aufgrund der Stimmenverhältnisse im Parlament nicht mehr verlängert werden. Dadurch wäre ein Verbot der LTTE aufgehoben, wie die Regierung warnt, da das Verbot unter den ER und nicht unter der Prevention of Terror Act (PTA) ausgesprochen wurde.

30. Juni: Massiver Luftschlag der srilankischen Luftwaffe gegen tamilische Ziele im Norden Sri Lankas. Dieser wird nicht nur im Inland kritisiert - zum Beispiel von der LTTE, die darin ein Ablenkmanöver, um den Mißtrauensantrag zu

überleben, sieht. Am 2. Juli wird in den Medien die Kritik Indiens an den Luftangriffen verbreitet. Am 3. Juli folgt die Kritik aus den USA - es seien Verhandlungen nötig. Aus der Regierung folgen scharfe Entgegnungen: der einzige Weg, den tamilischen Aufstand zu beenden, sei ein Krieg mit allen Mitteln (AP, 2. Juli), Indien würde Sri Lanka enttäuschen (The Island, 3. Juli), die Luftangriffe wären im nationalen Interesse nach Sicherheit und ein Präventivschlag (Kadirgamar, 6. Juli) und am 8. Juli wird der Außenminister noch deutlicher, daß Indiens Kommentare "unrealistisch und inakzeptabel" seien.

<u>6. Juli:</u> Per Dekret verfügt die Präsidentin, daß die LTTE neu unter der PTA verboten ist, nachdem die ER ausgelaufen sind. Tamilische Parteien protestieren.

7. Juli: Die Präsidentin verfügt die Einrichtung von Hochsicherheitszonen in Colombo.

8. Juli: Ein Jahr nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt ein israelischer Botschafter nach Colombo. Dies führt in muslimischen Kreisen zu großer Verärgerung und Protestdemonstrationen. Unruhen am 13. Juli in Kalmunai, nachdem Sicherheitskräfte zwei muslimische Schüler erschossen haben. Am 18. Juli Anschläge gegen SLMC Büros und Parlamentarier im Osten.

10. Juli: Die Präsidentin suspendiert das Parlament bis zum 7. September. Dies in Angesicht einer 116 - 109 Mehrheit für den Mißtrauensantrag, der am 16. Juli traktandiert gewesen ist. Außerdem setzt sie auf den 21. August den Termin für ein Volksreferendum über die neue Verfassung. Die Folge sind ein Streit in der Regierung, in der sich bis zum 16. Juli sieben Minister (u.a. der Verfassungsrechtler G.L. Pieris) weigern, das Referendum zu unterstützen, und außerordentlich heftige Proteste der Opposition, die am 19. Juli in der Hauptstadt Colombo in Unruhen mit Toten und Verletzten gipfeln. Die Polizei feuert auf Demonstranten. Der Oppositionsführer Ranil Wickramasinghe beschuldigt die Präsidentengarde (PSD) des Mordversuches gegen ihn. Gegen 100.000 Demonstranten versuchten in die Innenstadt zu gelangen. Die UNP strebt ein Absetzungsverfahren gegen die Präsidentin an, die entsprechende Sitzung von etwa 70 Parlamentariern fand am 16. Juli im Parlamentsgebäude statt, nachdem die Polizei durch einen um fünf Uhr angesetzten Termin überlistet wurde. Die Opposition ruft zu zivilem Ungehorsam auf.

10. Juli: Die Universität Jaffna wird von der Armee geschlossen. Studentenproteste.

15. Juli: Mehrere Journalisten werden bei Protestaktionen von Schlägern, die in Tarnkleidern mit Jeeps der Sicherheitskräfte auftauchen, verletzt.

18. Juli: Aufgrund der innenpolitischen Lage warnen die USA vor Reisen nach Sri Lanka.

Südasien 3/01 63